

23
5

Der erste christliche Arbeiterkongress Oesterreichs.

Zweiter Tag.

Gestern Sonntag fand der erste christliche Arbeiterkongress Oesterreichs nach einem Gottesdienste, dem die Delegierten in der Peterskirche gemeinschaftlich beiwohnten, seine Fortsetzung. Das Bild, das die Tagung bot, war womöglich noch eindrucksvoller als am Vortage, da weit mehr Teilnehmer als am Samstag erschienen waren, und zwar so viel, daß sich der große Sitzungssaal des Landhauses als zu klein erwies. Die Tagung wurde von **Dr. Spalowsky** eröffnet; er erteilte nach einigen Mitteilungen geschäftlicher Natur als erstem Referenten des Tages **Dr. Ullrich** das Wort, der über

Die Ziele der christlichen Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben

Dr. Ullrich wies im Anfange seiner Ausführungen auf die Schäden hin, die die vier Kriegsjahre unserem Wirtschaftsleben zugefügt haben. Besonderen Unwillen stößt es ein, daß die Regierung den Vorgängen in unserem Wirtschaftsleben anscheinend vielweniger Beachtung schenke und durch maßlose Geldzettelwirtschaft den Kredit des Staates einer verhängnisvollen Schwächung ausgesetzt habe. Die Schuldenwirtschaft des Staates überantworte alle Völker Oesterreichs, mögen sie was immer für eine Sprache reden, dem Kapital auf Gnade und Ungnade. Es ist notwendig, daß Regierung und Parlament mit aller Kraft daran gehen, unser Wirtschaftsleben vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten. Es ist wohl nicht zu weit gegangen, wenn man im Angesichte dieser Aufgabe verlangt, daß endlich im politischen Leben Ordnung gemacht werde, daß insbesondere der Verfassungstreue durch die Inangriffnahme der auf diesem Gebiete zu lösenden Fragen ausgeschaltet werde, damit die Bahn zu wirtschaftlicher Arbeit frei wird. Wie stellen wir uns nun den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens vor? Ich kann nur in Umrissen andeuten, nach welcher Richtung sich die diesbezüglichen Bemühungen zu betätigen haben. In erster Linie kommt hier die dem Kriegsende folgende **Ubergangswirtschaft** in Betracht. Das Aufhören der Lieferungen für den Kriegsbedarf wird die Industrie zwingen, sich wieder der Friedensgüterherzeugung zuzuwenden. Der Bedarf an solchen Gütern wird naturgemäß ein großer sein, jedoch mangelt es an Rohstoffen. Die einzige Reserve, die wir an Rohmaterialien noch haben, ist die des Meeres, von der wir aber nicht wissen, wie groß sie bei Kriegsende sein wird. Sicher sind aber beträchtliche Bestände da, und da müssen wir die Förderung erheben, daß diese Bestände nicht in Wucherhände geraten, sondern in einwandfreier Weise unmittelbar an die Industrie und das Gewerbe abgegeben werden. Wir müssen aber auch verlangen, daß die Produktionsfähigkeit unseres Staates nicht durch die Kriegslasten zerstört werde. Bei der Einführung der Steuern und Abgaben muß man darauf Rücksicht nehmen, daß der Produktionswille nicht gefährdet werde. Es müssen aber auch die Finanzen des Staates durch Aufstellung eines Finanzplanes, Durchführung der Vermögensabgabe und Schaffung neuer Monopole in Ordnung gebracht und saniert werden. Eine wesentliche Voraussetzung der Wiederaufrichtung der gewerblichen und industriellen Entwicklung ist ferner die **Werschaffung von Rohstoffen** und Halbfabrikaten. Die Verteilung der Rohstoffe, mögen sie nun aus der Förderung und Gewinnung des In- oder Auslandes stammen, muß in vollkommener Gerechtigkeit erfolgen und auch darauf muß geachtet werden, daß von den Fabriken aus den Rohstoffen in erster Linie solche Artikel erzeugt werden, die das Wohl am notwendigsten braucht und nicht solche, die dem Unternehmer den größten Gewinn sichern. Von besonderer Bedeutung beim Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens wird auch die **Zoll-, Verkehrs- und Handelspolitik** sein, die unser Staat einschlägt. Wir müssen fordern, daß die einseitige Begünstigung einer Industrie durch die Regierung und die vielfältige Opferung unseres Interesses für ungarische Wünsche bei der Zollpolitik ein Ende finden, daß die Verkehrsfragen eine eingehendere Würdigung erfahren durch Ausbau unseres Bahnnetzes und Bestellung einer genügenden Zahl an rollendem Material, daß unsere Handelsverträge verbessert und unser Konfularwesen einer gründlichen Reform unterzogen werde. Ich habe nun eine Reihe von Forderungen besprochen, deren Erfüllung vornehmlich dem Parlamente und der Regierung obliegt. Gesetzliche Bestimmungen allein würden unserem Wirtschaftsleben aber sicher nicht die Gesundheit sichern; das wiederholt bedauerte Verschwinden der Moralbegriffe, die Verwilderung der Sitten, die uns der Krieg im allgemeinen gebracht hat, haben leider auch in unserem Wirtschaftsleben ihren zerstörenden Einfluß geübt. Wucher und Schleichhandel, das sind die zwei Merkmale für die gesunkene Moral auch im Wirtschaftsleben. Es sind völlig neue Elemente in Handel und Gewerbe eingebracht, die auch nach dem Kriege ihr Unwesen treiben werden. Wenn unser Wirtschaftsleben gesund sein soll, so muß auch hier auf eine gründliche Besserung hingearbeitet werden. Es muß wieder **Treu und Glaube** im Wirtschaftsleben einkehren, ebenso christlicher Geist im Gegensatz zu dem jüdischen Wuchergeiste, der sich während des Krieges breit gemacht hat und den wir alle und überall bekämpfen müssen. (Lebhafte Beifall.) **Redner** wies nun auf die Erstarrung des Unternehmertums im Kriege hin und betonte, daß diesem ein Gegengewicht durch die Schaffung starker christlicher Organisationen geboten werden müsse.

Redner empfiehlt am Schlusse die Annahme einer im Sinne der oben stehenden Ausführungen abgefaßten Entschliessung.

Anschließend an das Referat des **Dr. Ullrich** ergriff **Dr. Christian Fischer** aus Graz das Wort zu dem Berichte über

Die Ziele der christlichen Arbeiterschaft in der Sozialpolitik.

Er stellte zunächst fest, daß der Krieg das Festhalten an der Sozialreform und die Fortführung des Schutzes der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Uebergewichte des Großkapitals als unbedingte Notwendigkeit erwiesen hat. Die Arbeiterschaft hat in diesem Kriege in patriotischer Hingabe mehr als ihre Pflicht erfüllt, jedoch darf der wahnsinnige Raubbau mit den Kräften der Arbeiter nicht so fortgehen. Was im Kriege an sozialpolitischen Maßnahmen geschaffen wurde, entspricht nur den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft. Der **Redner** erwähnte die Schaffung der Beschwerdefunktionen, die Regeln der Arbeitspreise für die militärischen Heimarbeiten, die Zentralisierung der Arbeitsvermittlung, die dritte Teilnovelle zum bürgerlichen Gesetzbuch sowie die Reform der Kranken- und Unfallversicherung und stellte fest, daß fast alle diese Maß-

nahmen nur vorübergehende Verhältnisse treffen und nicht ändern an der Stellung des Arbeiterstandes, die nach wie vor unterdrückt ist. Auf rechtlichem Gebiete kommen als andere Ziele in Betracht: Die Schaffung eines eigentlichen Arbeiterrechtes ist eine unbedingte Notwendigkeit. In besonderer Weise bedarf das Arbeiterrecht der Staatsarbeiter und bedieneten einer Regelung. Die gesetzliche Immunität der Arbeitervertreter in den sozialpolitischen Institutionen wäre für die Zeit ihrer Amtsführung auszusprechen. Für die Angestellten im Privatdienste wäre besonders der Vertragszwang festzulegen. Das heute in Kraft befindliche Koalitionsrecht ist veraltet und muß den modernen Verhältnissen angepaßt werden. Ihren sichtbaren Ausdruck wird die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern in Oesterreich erst in der Schaffung von **Arbeiterklammern** finden. Diese müssen sich nach den Sprengeln der Handels- und Gewerbestammern gliedern, die Wahlen müssen nach dem allgemeinen Wahlrecht und unter Anwendung der Verhältniswahl erfolgen, ihr Zweck ist die Wahrung der Arbeiterinteressen in jeder Hinsicht, ihre Aufgaben hätten sie durch Umlagen der Arbeiter zu beden und zu gemeinsamem Vorgehen müssen sie sich im Reichsarbeiterrat zusammenschließen. Zur Sicherung der Arbeiterexistenz fordern wir vor allem auf dem Gebiete der Lohnpolitik und des Arbeiterschutzes: Der Lohn eines erwachsenen Arbeiters muß genügen, eine Arbeiterfamilie erhalten zu können, von welchem Ziele wir heute weiter denn je entfernt sind, denn das Gerede von den „hohen Löhnen“ ist angesichts der Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel hinfällig. Der gesetzliche Arbeiterschutz muß in einer Weise ausgedehnt werden, daß dieser Schutz tatsächlich wirksam wird und eine weitere Verelendung des Arbeiterstandes hintanhält. Die bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit müssen nicht nur wieder in Wirksamkeit gesetzt, sondern auch noch erweitert werden. Der **Redner** forderte besonders die Ausgestaltung der Gewerbeinspektion, die Einführung des Zehnstundentages und Freigabe des Samstagvormittages, die Regelung des gewerblichen Einigungswesens, die allgemeine Durchführung der Sonntagsruhe, die Ausgestaltung des technischen Arbeiterschutzes, die gesetzliche Regelung der Heimarbeit und vermehrte Schutz der arbeitenden Jugend. Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung stellte der **Redner** als unsere Ziele auf: In die Kranken- und Unfallversicherung sind auch die Land- und Forstarbeiter einzubeziehen. Der Staat und besonders die Gemeinden müssen sich in Zukunft mehr mit der Lösung der Frage der Arbeitslosenversicherung befassen. Unser Hauptziel auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung bleibt nach wie vor die Schaffung der Alters- und Invalidenversicherung sowie der Witwen- und Waisenversorgung. Der **Redner** nahm auch Stellung zu den vom Ministerium für soziale Fürsorge aufgestellten Leitlinien für den Ausbau der Sozialversicherung. Schließlich forderte er eine Verbesserung der Pensionsversicherung der Privatangestellten, insbesondere die unbedingt notwendige Erhöhung der geldlichen Leistungen. Unsere Ziele und die soziale Verwaltung bildeten den letzten Abschnitt der Ausführungen des Berichterstatters. Er erwähnte die Errichtung des **Ministeriums für soziale Fürsorge**, durch die alle Bestrebungen auf sozialpolitischem Gebiete zentralisiert wurden. Alle diese Bestrebungen können aber nur dann fruchtbringend werden und belebend wirken, wenn wirklich sozialer Geist in diesem Ministerium herrscht. Er besprach die Bestrebungen auf dem Gebiete des **Kinderschutzes** und der Jugendfürsorge und richtete an den Staat die dringende Aufforderung, den Gemeinden und Organisationen die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie eine entsprechende Wirksamkeit entfalten können. Die Lösung der Wohnungsfrage muß großzügig seitens der kompetenten Stellen in Angriff genommen werden; der gesetzliche Mieterschutz muß selbstverständlich aufrecht erhalten bleiben, weshalb wir alle gegenteiligen Bestrebungen zurückweisen.

Unsere sozialpolitischen Ziele müssen wir mit aller Kraft vertreten. Daß aber unsere sozialpolitischen Ziele bald Gesetz und Recht werden, dafür muß die Organisation der christlichen Arbeiterschaft Sorge tragen. Unsere sozialpolitischen Ziele dürfen nicht mehr von der Tagesordnung der Öffentlichkeit verschwinden. Die Parole muß vielmehr lauten: **„Bahn frei für die Sozialpolitik in Oesterreich!“** (Lebhafte langanhaltender Beifall.)

Der Referent empfiehlt eine Entschliessung zur Annahme, deren wesentliche Forderungen mit den vom **Redner** aufgestellten Postulaten im Einklang stehen.

An die Referate **Ullrich** und **Fischer** schloß sich eine rege Wechselrede, an der sich die Delegierten **Dassinger, Waldsam, Dr. Rienböck, Unterwaller, Schmitz, Fil. Koyzar, Kaiser, Schmeisser, Preyer, Macho, Adam, Koteborsky, Bischof, Krikawa, Gasparich** und **Vittner** beteiligten. Aus der Fülle von Anregungen und Anträgen seien nur zwei hervorgehoben. Den einen Antrag stellte der Delegierte **Waldsam** auf eine Stellungnahme des Kongresses für die ungeänderte Beibehaltung des **Mieterschutzgesetzes**. Der andere ging von **Dr. Rienböck** aus, der sich dafür einsetzte, daß der Arbeiterkongress auch zu der Frage der **Verfassungsreform** Stellung nehme und folgende Entschliessung der Annahme empfahl: „Der Erste christliche Arbeiterkongress Oesterreichs hält mit aller Entschiedenheit an dem österreichischen Staatsgedanken fest. Aus diesem Staatsgedanken fließt die Forderung, daß allen im Staatsgebiete angesiedelten Völkern die Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit und eine diese Forderungen gewährleistende Autonomie gewährt, alle diese Völker aber zu einem kräftigen monarchischen Einheitsstaate zusammengeschlossen werden. Der Kongress lehnt daher jede Zerlegung Oesterreichs in lose verbundene Ländergruppen ab und fordert die Mitwirkung bei der dringend notwendig gewordenen Erneuerung der Verfassung.“

Bei der Abstimmung wurden diese Entschliessungen einstimmig angenommen.

Den Höhepunkt der Sonntagsveranstaltung bildete die Rede des **Dr. Kunisch** über die

Sicherung der Volksernährung.

Das Referat, dem **Oberst Wallstorfer** beiwohnte und das oftmals der Gegenstand stürmischer bewegter und begeisterter Zustimmungsbildungen war, lautete wie folgt:

Die Ernährungsfrage ist ebenso ein brennendes Gegenwartswort wie ein zu höchster Bedeutung ausgereiftes Zukunftswort. Die Ernährungsfrage zu lösen, das heißt die Volksernährung für Gegenwart und Zukunft sicherzustellen, ist bedeutungsvoller als der glanzvollsten Erfolge im Waffengange, das ist der entscheidende Erfolg, das ist der Sieg. Leider muß mit Beschämung und Erbitterung zugestanden werden, daß wir von der Lösung der Ernährungsfrage weiter entfernt sind als je in einem anderen Zeitpunkte zuvor. Das stetige Umsichgreifen des Hungersdemoniums, besonders in weiten Gebieten Deutschböhmens, die zunehmende Häufigkeit der Erkrankungen und die erhöhte Sterblichkeit sind traurige Beweise dafür, daß es gerechtfertigt ist, über die Sicherung der Volksernährung so zu sprechen, als ob es sich dabei um die Erforschung eines Neulandes handeln würde. Es hat tatsächlich den Anschein, als ob die berufenen Faktoren nicht den Mut zur Vornahme des notwendigen sozialchirurgischen Eingriffes besitzen. So muß denn der Patient, das arme geduldige Volk, weiterleiden, bis es ohne Aussicht auf Erlösung über den Weg stumpfsinniger Resignation der Verzweiflung in die Hände fällt und sich schließlich in seinem Unmüte selber den roten Fahn der Revolution auf das Dach setzt. Ueber die Ernährungsnot der bereits hinter uns liegenden vier Kriegsjahre und der vor uns liegenden nächsten Monate zu reden, wäre gleichbedeutend mit dem Wühlen in offenen brennenden Wunden. Es aber aufzusprechen, daß wir noch lange nicht den Gipfel der Entbehrung und des bitteren Leidens überschritten haben, das gebietet die Pflicht zur Wahrhaftigkeit. Allerdings liegen die Verhältnisse im Augenblicke, wenn auch noch immer schlecht genug, so doch weit günstiger als vor drei Monaten, da man uns mit der Kürzung der Brot ration bedachte. Was aber hat dies zu bedeuten gegenüber den Tatsachen, welche derzeit noch das sorgfältig gehütete Geheimnis der für den Ernährungsdienst verantwortlichen Faktoren und aller jener Kreise bilden, denen ein tieferer Blick in die Verhältnisseverhältnisse gestattet ist? Die Erfassung der Ernte steht mit ihrem Ergebnisse weit unter dem Bedarfe, sie entspricht nicht einmal annähernd dem wirklichen Ernteergebnisse. Wir bleiben sonach wie bisher nur in noch größerem Umfange auf die Einfuhr aus Ungarn und aus jenen Staaten angewiesen, mit welchen wir zwar nach der Sprache der Diplomaten im Frieden, in Wahrheit jedoch dauernd im verschleierten Kriegszustande leben. Von Ungarns Gnade zu leben ist nicht nur überaus bitter, sondern auch wenig zuverlässig. Die Einfuhr aus dem Ausland hingegen ist befallend nicht nur von politischen, sondern auch von ernstlichen transporttechnischen Schwierigkeiten bedroht. Die Sicherung der Volksernährung ist also in der Tat ein brennendes Gegenwartswort. Kann die Volksernährung überhaupt noch zur Not ausreichend sichergestellt werden und wenn ja, wie, auf welchem Wege, mit welchen Mitteln kann dies geschehen? Die Zahl derjenigen, die diese Frage mit einem verzweiflungsvollen Nein beantworten oder deren Beantwortung mit einer verzichtgrämigen Geste überhaupt ablehnen, ist leider viel größer, als man annehmen geneigt ist. Lassen wir uns aber nicht in eine solche Jammerstimmung versinken! Es ist zwar richtig, die Ernährungsnot steht tief im Morast, die schmutzigen Pluten der Korruption spielen bereits über seine Ästen und was noch trauriger ist, in seinem Gespanne fehlt die stärkste Kraft — das Vertrauen. Konsumenten wie Produzenten haben lange schon alles Vertrauen in die Leitung und Organisation, in deren Talenta, ja selbst den Glauben an den guten Willen derselben verloren. Dennoch glaube ich, daß wir ohne zu starke Belastungen für die Geduld und für die Spannkraft unserer Bevölkerung über die Ernährungsnotigkeiten des Krieges hinwegkommen können.

Der schwerste Mangel des Ernährungsdienstes.

Der schwerste Mangel des staatlichen Ernährungsdienstes liegt in dem Umfange, daß Oesterreich und Ungarn zwar ein gemeinsames Verteilungsgebiet sind, daß die beiden Staaten aber ein scharf voneinander abgetrenntes Ernährungsgebiet bilden. Ich behaupte zwar auch heute noch, daß Oesterreich imstande wäre, aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, namentlich bei starker Heranziehung des Futtergetreides und der aus Rumänien und der Ukraine eingeführten Mengen. Ich nehme bei meiner Behauptung Bedacht auf den Umstand, daß die Versorgung der Armee im Felde vorweg durch Ungarn besorgt wird. Doch gehen darüber die Meinungen sehr weit auseinander und es ist schließlich schwer, bei nicht genauer Kenntnis des einschlägigen Riffenmaterials den Nachweis für die Richtigkeit meiner Behauptung zu erbringen. Soweit es sich aber um die Kartoffelversorgung handelt, läßt sich meine Behauptung umso schwerer in ihrer Richtigkeit erweisen.

Die Friedenserte an Kartoffeln betrug im Durchschnitt rund 145 Millionen Meterzentner, das ergibt unter der Abnahme eines 40prozentigen Ernterückganges noch immer 87 Millionen Meterzentner für die Kriegsernte. Rechnet man ein Fünftel für Saatgut ab, so verbleibt eine Menge von 70 Millionen Meterzentner. Davon ab 10 Prozent Schmutz, verbleiben rund 63 Millionen Meterzentner. Bei Annahme einer Verpflegungsperiode von 44 Wochen und einer Menge von 25 Kilogramm pro Woche bei 13 Millionen Nichtselbstversorger sind rund 14,5 Millionen Meterzentner Kartoffel erforderlich. Es verbleiben somit für die restlichen 15 Millionen Selbstversorger, für den Mehrbedarf des Militärs sowie für Futter- und Industriezwecke noch immer 48,5 Millionen Meterzentner zur Verfügung. Man kann gegen diese Rechnung wohl nur den einen Einwand erheben, daß 24,5 Kilogramm Kartoffel pro Kopf und Woche für den Nichtselbstversorger eine zu geringe Menge ist. Demgegenüber verweise ich darauf, daß wir durch viele Wochen überhaupt keine Kartoffel bekommen haben und derzeit nur ein halbes Kilogramm pro Kopf und Woche zugeteilt erhalten.

Was nun die Forderung nach Schaffung eines gemeinsamen Ernährungsgebietes anlangt, so ist deren Berechtigung nicht nur in der Natur des Krieges und des Verhältnisses beider Staaten zueinander gegeben, für sie spricht noch deutlicher der Erfolg, den ihre Beachtung für beide Teile gewährleisten würde. Ziehen wir nur einige Riffen zum Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung heran. Das durchschnittliche Ernteresultat an Weizen und Roggen betrug in Friedenszeiten 97 Millionen Meterzentner. Rechnet man mit einem 40prozentigen Rückgang der Ernte — Fachleute sprechen nur von 20 bis 30 Prozent — so verbleiben als Kriegsernte noch immer 58 Millionen Meterzentner Weizen und Roggen. Zu dieser Menge an Getreide kommen — immer unter der Annahme eines 40prozentigen Ernterückganges — noch hinzu 17 Millionen Meterzentner Gerste, 15 Millionen Meterzentner Hafer und 27 Millionen Meterzentner Mais. Das ergibt zusammen eine Menge von 117 Millionen Meterzentner Getreide. Von dieser Gesamtmenge ein Fünftel, also gewiß viel gerechnet, für Saatgut in Abzug gebracht, verbleiben 98,6 Millionen Meterzentner und stellt man außerdem noch dem verbleibenden Futtergetreide die Hälfte, das sind 23,6 Millionen Meterzentner für Futter- und Industriezwecke zur Verfügung, so verbleiben noch immer für den menschlichen Konsum 70 Millionen Meterzentner Getreide zur Verfügung. Bei 90prozentiger Ausmahlung des Getreides — sie beträgt derzeit 92 Prozent — entfallen an Edelmehl allein 247 Gramm pro Tag und Kopf der Bevölkerung, zu welcher Menge als Streckungsmittel 63 Gramm Surrogatmehl hinzukommen, so daß pro Kopf